

Tansania Information



Mission
EineWelt

Kein Pressedienst - Nur zur Information
09/2012

September

Zusammengefasste Meldungen aus: Daily/Sunday News (DN), The Guardian, Sunday Observer, ITV Habari, Nipashe, The Citizen, ThisDay, Arusha Times, Msema Kweli, The East African, Uhuru na Amani (Zeitschrift der ELCT), UN Integrated Regional Information Networks (IRIN) und anderen Zeitungen und Internet Nachrichtendiensten in unregelmäßiger Auswahl

Wechselkurs 23.08.2012 (Mittelwert) für 1,-- € 1.970/- TSh (<http://www.oanda.com/lang/de/currency/converter>)

Iranische Tankschiffe unter Tansanias Flagge Protest aus den USA, Löschung im Register	Seite 2
Spannungen zwischen Malawi und Tansania Grenze an der Küste des Malawisees oder in dessen Mitte?	Seite 2
Illegale Immigranten, Grenzverkehr Veränderung der Lage; Verhaftungen; Kritik an Einwanderungsbehörde: Unterstützung der Polizei; Taskforce; Äthiopier; Kenianer; Kongolesen; Somalier; Ruander, Ugander; Tansanier	Seite 4
Streik bei Ärzten des öffentlichen Gesundheitswesens Anliegen; Reaktion der Regierung; Beendigung des Streiks; Entführung, Misshandlung	Seite 6
Streik der Lehrkräfte Forderungen der TTU; Reaktionen; Gerichtsurteil; Reaktion der Lehrkräfte	Seite 8
Volkszählung Ende August 2012 Termin, Inhalt, Anliegen; Finanzierung; zu einigen Problemen; Kooperation; Information; Rolle der Religionszugehörigkeit	Seite 9
Teilnahme an der Olympiade Kommentare; Fackelträgerinnen; die Sportler, Training, Abreise; Ergebnis	Seite 11
Dar-es-Salaamer Kinder möchten lernen, wie man Computer verwendet	Seite 12
Wirtschaft als Chance für Entwicklung Einladung zu einem Studientag des Tanzania Network:	Seite 12

Zu abonnieren beim Herausgeber, kostenlos, Spende erbeten auf das unten angegebene Konto

Herausgeber: Referat Afrika
Redaktion: Eva Caspary
Internet: www.tansania-information.de
Spendenkonto

Postfach 68, **91561 Neuendettelsau**, Ruf: 09874/91302
Mission EineWelt: <http://www.mission-einewelt.de>
eMail: africa@mission-einewelt.de
Ev. Kreditgenossenschaft eG, Kto. 1011 111 BLZ 52060410
IBAN: DE12 5206 0410 0001 0111 11 - BIC:GENODEF 1EK1

Iranische Tankschiffe unter der Flagge Tansanias

Berichten vom 26 Juni zufolge lässt die *National Iranian Tanker Company* (NICT), Eigentum des *Iranian Pension Fund*, mindestens zehn ihrer Schiffe unter der tansanischen Flagge fahren. Alle Schiffe waren vorher in Malta oder Zypern registriert.

Am 1. Juli wurde ein umfassendes europäisches Embargo über die iranischen Erdölexporte verhängt.

Die Regierung Sansibars dementierte die Presseberichte über die iranischen Tanker entschieden und forderte eine Erklärung der Herausgeber der betreffenden Zeitung, "denn diese Meldungen sollten das Image Sansibars international beschmutzen und unsere Beziehungen zu Schiffsgesellschaften global gefährden", sagte ein Minister Sansibars.

Bernard Membe, tansanischer Außenminister, war von dem Bericht schockiert und versicherte, man werde die Sache untersuchen.

Die Regierungen des Vereinigten Tansania und Sansibars baten die USA und die EU, bei der Untersuchung der Vorwürfe zu helfen. Membe betonte, Tansania sei als Mitglied der UNO verpflichtet, das Embargo zu beachten.

Später berichtete Membe, die *Zanzibar Marine Transport Authority* (ZMA) habe bisher etwa 392 Tankschiffe registriert; zehn von ihnen seien Berichten zufolge aus dem Iran. Ein ZMA-Agent habe die Registrierung der Tankschiffe bestritten. Der iranische Botschafter sei einbestellt worden; doch auch er betonte, kein einziges iranisches Schiff fahre unter der Flagge Sansibars.

Membe erklärte, die 36 Tankschiffe würden im Register offiziell gelöscht, außerdem gehe man gegen Beteiligte strikt vor. Die Regierung habe die Registrierung nicht anerkannt. Tansania wünsche, dass die Welt in Bezug auf die Vorwürfe die Wahrheit kenne. Man wolle das Image der Nation schützen. Er forderte, die Medien sollten Meldungen untersuchen, ehe sie Artikel veröffentlichen, die Tansanias Ansehen international schaden könnten.

Ein US-amerikanischer Abgeordneter forderte seine Regierung auf, gegen Tansania vorzugehen. In einem Brief an Hillary Clinton schrieb er, ein Gesetz sehe Sanktionen vor, gegen alle, die iranische Öl-Tanker erneut registriere. In einem Brief an Präsident Kikwete warf er Tansania vor, seine Aktion helfe dem iranischen Regime die Sanktionen zu umgehen und Einnahmen für sein nukleares Anreicherungs- und Waffenprogramm zu erzielen. Tansania könne mit Sanktionen rechnen.

Nach einem Gespräch mit dem Botschafter der USA hinter verschlossenen Türen sagte Membe: "Wir haben eine gemeinsame Untersuchung gestartet, um die Wahrheit herauszubekommen. Sie wird von tansanischen und US-amerikanischen Behörden gemeinsam durchgeführt."

Die tansanische Regierung informierte alle ihre im Ausland akkreditierten Botschaften in einem Rundschreiben über die geplanten Maßnahmen und instruierte sie, wie sie Medien antworten sollten, wenn sie befragt würden.

Sansibar gab zu, dass 36 iranische Tankschiffe registriert wurden und unter tansanischer Flagge fahren. Der Zweite Vizepräsident Sansibars informierte das *House of Representatives* Sansibars, die Regierung sei dabei, die Schiffe im Register zu löschen. Die Tanker wurden vom ZMA über seinen in Dubai ansässigen Agenten *Philtex* registriert. Das ist inakzeptabel. "Wir lösen auch unseren Vertrag mit *Philtex*. Diese Organisation verführte uns, so dass wir gegen die UNO-Resolution Nr. 1429 verstießen. Wir wollen nicht in eine derartigen Krise verwickelt werden." Der ehemalige Verkehrsminister Sansibars hatte die Sache heruntergespielt, betont, die Tankschiffe seien aus Zypern und Malta.

Vor dem Embargo hatte die NICT die Namen und die Flagge vieler ihrer Öltanker verändert. (DN 30.6./6.7./11./ 17.8.12; Guardian 6.7.12; Citizen 6./9.7./ 16.8.12; Angola Press 12.8.12)

Spannungen zwischen Malawi und Tansania wegen des jeweiligen Anteils am Njassasee

Der Njassa- oder Malawisee heißt in Tansania Lake Nyasa, in Malawi Lake Malawi. Er liegt zwischen Malawi, Mosambik und Tansania und ist der drittgrößte See Afrikas nach Viktoria- und Tanganjikasee.

Ende Juli wurden Flugzeuge der britischen nach Öl- und Erdgas suchenden Firma *Surestream Petroleum* beobachtet. Sie waren ohne Genehmigung in Tansanias Luftraum eingedrungen.

2011 hatte Malawi der Firma die Lizenz gewährt, im See nach Öl und Gas zu suchen. Es beansprucht den gesamten Malawisee, behauptet, Tansanias Grenze sei die Küste des Sees. Die

Kolonialmächte Großbritannien und Deutschland hätten das 1884 bei der *Berliner Konferenz* und 1890 im *Helgoland Treaty* so festgelegt. In den 60er und 70er Jahren beanspruchte der damalige Präsident das "uneingeschränkte Eigentumsrecht" über den See und änderte den Namen des Sees. Malawi druckte Landkarten, um zu zeigen, dass der gesamte See 1884 Malawi zugesprochen wurde.

Grenzstreitigkeiten hätten 1970 beinahe zu einem Krieg geführt. Beide Länder beschossen einander kurz mit Artillerie. Doch Ende der 1990er Jahre richteten sie Büros der *High Commission* ein und belebten die Beziehung neu.

Tansania beruft sich auf die *UN Convention of Law of the Sea* von 1982; sie besagt, liegen zwei Länder an einem See, bildet die Mitte des Sees die Grenze zwischen beiden.

Jüngst sagte ein Mitglied der Regierung Malawis: "Wir erklären Tansania unumwunden, was uns angeht, gehört der ganze Malawisee zu Malawi". Man werde "keinen Inch" des Landes hergeben. Ohne zu zögern werde Malawi "seinen See" mit militärischen Mitteln verteidigen.

Der tansanische Minister für Ostafrikanische Zusammenarbeit erklärte, diese Erklärung schockiere die tansanische Regierung. Ohne Zögern werde Tansania auf jegliche militärische Provokation reagieren. Die am See lebende Bevölkerung aber forderte er auf, ihr normales Leben fortzuführen.

Außenminister Membe berichtete, 2005 habe man ernsthafte Gespräche aufgenommen, einen ministeriellen Ausschuss beider Länder ernannt; er sollte den Streit über die Grenze und den Namen des Sees beilegen. 2010 und 2012 habe es Gespräche gegeben. Tansania wolle den Konflikt in Gesprächen am Runden Tisch lösen. Die Suche nach Öl und Gas solle ausgesetzt werden, bis die beiden Länder die Grenzstreitigkeiten beigelegt hätten.

Eine aus malawischen Parlamentariern bestehende Delegation kam zu einem offiziellen Besuch nach Dodoma.

Lowassa, Vorsitzender des parlamentarischen Ausschusses für Verteidigung, Sicherheit und Auswärtiges, sagte, man erwarte, dass der Konflikt friedlich gelöst wird. Aber wenn es zum Krieg komme, "sind wir bereit, unsere Souveränität, koste es, was es wolle, zu verteidigen, das Blut unserer Menschen zu opfern."

Der Ausschuss warnte die Medien davor, über diese Sache sensationelle Artikel zu schreiben, denn es handle sich um ein sensibles Thema, in dem es um Menschenleben gehe.

Gerüchten zufolge stationierten Tansania und Malawi Soldaten an der Grenze.

Einwohner von Kyela und Mbamba Bay, zwei Städten am Njassasee, sprechen von Krieg. Einige wollen wegziehen. Andere versichern, keinesfalls werde man gegen Malawi Krieg führen.

Malawische Zeitungen werfen, "einigen übereifrigen tansanischen Verantwortlichen" vor, sie seien kriegslüsternd, obwohl die Regierung Malawis betone, sie wünsche, dass man in dieser Angelegenheit diplomatisch vorgehe.

Die Normalität an der tansanisch-malawischen Grenzstation Kasumulu/Songwe zeigt, die Freundschaft zwischen beiden Ländern kann nicht erschüttert werden durch die jüngsten Streitigkeiten wegen des Njassasees. Diese friedliche Atmosphäre steht im krassen Gegensatz zu dem Gerede, die beiden Ländern würden Krieg führen. "Es gibt viel Handel zwischen beiden. Die Leute haben Verwandte im Nachbarland", berichtete ein Mitarbeiter des Einwanderungsamtes. Ohne Probleme passierten pro Tag etwa 500 Personen die Grenze. Der Regional Commissioner der Mbeya-Region betonte, alles sei unter Kontrolle, niemand müsse sich ängstigen.

In den Büros der *Malawi High Commission* entstand Verwirrung, als in Dar-es-Salaam lebende Malawier hineindrängten, weil sie eine Sonderbotschaft des *High Commissioner* erwarteten. Man habe sich nicht auf so etwas vorbereitet, erwiderten die Mitarbeiter der Botschaft. Die Leute berichteten, jemand habe den Leiter des Verbandes der in Tansania lebenden Malawier angerufen und ihn gebeten, alle Malawier zu informieren, sie sollten sich im Büro der *High Commission* versammeln. Um sie etwas zu beruhigen, stimmte *High Commissioner* Flossie Chidyaonga einem Gespräch mit drei Vertretern der ca. 100 Malawier (alle 18-35) zu und bat sie, die anderen über ihre Botschaft zu informieren. Es ging dabei vor allem um die Volkszählung Ende August und um die Notwendigkeit, an den bestimmten Tagen die betreffenden Papiere bei sich zu haben.

Nur eine Woche vor einem Treffen von Regierungsleuten aus Tansania und Malawi wegen des Sees sagte Joyce Banda, Präsidentin Malawis, bei einem traditionellen Fest der Ngoni, sie sei bereit, für ihr Land zu sterben. Das hält man für eine herausfordernde Antwort auf Erklärungen tansanischer Verantwortlicher. Später versicherte sie, nie werde ihr Land gegen Tansania Krieg führen. "Sogar wenn der diplomatische Weg nicht zum Erfolg führt, heißt das nicht, dass wir mit

unseren Brüdern und Schwestern in Tansania Krieg führen, denn wir können andere Kanäle nutzen, um die Sache zu klären."

Ein tansanischer Abgeordneter sagte: "Wir glauben, Gespräche werden das Problem lösen, dann brauchen wir keine Drohungen. "Sonst kann Tansania seine Einstellung überall auf der Erde darlegen, denn sogar die AU, deren Mitglied auch Malawi sei, erklärt, wenn ein See zwei Länder trennt, ist die Grenze in dessen Mitte. Dort, wo der See zwischen Malawi und Mosambik liege, sei die Grenze in seiner Mitte.

In Online-Ausgaben malawischer Zeitungen gehen verbale Anschuldigungen weiter hin und her. Manche rufen nach Krieg, während eine Handvoll nüchterner Leute beider Länder Verhandlungen wünscht.

Präsident Kikwete und Präsidentin Banda trafen sich anlässlich eines zweitägigen Gipfeltreffens der *Southern African Development Community* (SADC) in Mosambik zu privaten Gesprächen. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz erklärten sie, nie würden ihre Länder Krieg gegeneinander führen. Man müsse Geduld haben. Ein Komitee beider Länder solle nach einer dauerhaften Lösung für den Grenzkonflikt suchen. Es habe in den Medien viel Lärm über einen drohenden Krieg gegeben. Aber nie habe man ihn für eine Option gehalten.

Kikwete sagte: "Ich versichere meiner Schwester Joyce und allen Menschen Malawis, Tansania beabsichtigt nicht, gegen Malawi Krieg zu führen."

Verantwortliche beider Nationen beraten vom 20.-25. August in den malawischen Städten Mzuzu und Lilongwe.

Anmerkungen: Ein Professor sagte, das Problem könne vom *International Court of Justice* (ICJ), der *African Union* (AU) oder der *Southern African Development Community* (SADC) gelöst werden.

Der CUF-Vorsitzende meint, Tansania solle bei Mosambik, Sambia und Südafrika Unterstützung suchen. Eine militärische Intervention müsse man auf alle Fälle vermeiden. Die UNO solle intervenieren und sicherstellen, dass die Sache friedlich gelöst wird. Die Öl und Gas suchenden Firmen kämen nicht einmal aus Afrika.

Ein Kommentator fragt, wie viel gewinnt Malawi im Vergleich zu dem, was die "weißen Kerle" einheimen, wenn Gas und Öl gefunden wird? Tansania z. B. bekomme weniger als 10 % dessen, was an seinem Gold verdient wird.

Außenminister Membe öffnete die Büchse der Pandora, als er sagte, Malawi müsse mit militärischen Aktionen Tansanias rechnen. Darauf folgten scharfe Worte Lowassas. Beide Länder sind Mitglieder der *Southern African Development Community* (SADC) und der *African Union* (AU). Während Tansania eine scharfe Haltung einnimmt, bezieht Malawi eine diplomatische Position und erklärt, man sei nicht bereit, Krieg zu führen, denn es gebe diplomatischere Möglichkeiten, um die Situation zu retten.

Ein Brigadier im Ruhestand erinnerte an die Kosten des Kagera-Krieges von 1978/79. nämlich 800mrd/- TSh und das Leben von 373 Soldaten, die von Idi Amins Truppen getötet wurden; außerdem ermordeten die Armeen beider Seiten 1.500 tansanische Zivilisten und etwa 500 ugandische versehentlich oder absichtlich. "Wir glauben nicht, dass Krieg bei Konflikten zwischen zwei Nachbarn ein legitimes Mittel ist", sagte er. Es müsse sehr triftige Gründe geben. Eine gute Lektion für beide Länder ist, wie Öl und Gas viele Länder wirtschaftlich, sozial und politisch ruiniert hat. Man denke an den neuen *South Sudan* und die *Republic of the Sudan*.

Probleme wegen der Grenzen sind in Afrika an der Tagesordnung. Verursacher der mehr als 100 Grenzstreitigkeiten sind die ehemaligen Kolonialherren. Die bei der *Berliner Konferenz* 1884 gezogenen Grenzen überließen den Ländern sinnlose Grenzen; diese sind jetzt die Quelle des Konfliktes.

Volkswirtschaftler betonten, weder Tansania noch Malawi hätten die finanzielle Kraft, einen Krieg zu führen.

Ein Dozent sagte, Tansanias Wirtschaft habe sich vom Krieg mit Uganda 1979 noch nicht richtig erholt.

Ein Historiker erklärte, der Streit könne geschlichtet werden, wenn die beiden Länder ihre Kolonialherren nachahmten und ein Tauschgeschäft machten. Malawi ist ein Binnenland. Vielleicht könnte es von Tansania Zugang zum Meer bekommen.

(DN 1./6./7./8./9./13./15./17./21.8.12; Guardian 3./7./ 8/11./17./19.8.12; Citizen 2./6./8./12./ 19.8.12; East African Business Weel 21.8.12: ThinkAfricaPress 21.8.12)

Illegale Immigranten, Grenzverkehr

Veränderung der Lage: Früher beherbergte Tansania Flüchtlinge, die in ihrer Heimat für Freiheit kämpften. Jetzt liegt Tansania für illegale Immigranten auf der Transitroute. Unter den Schleppern sind bisweilen auch Tansanier. (Guardian 29.6.12)

*
Verhaftungen: 2011 wurden mehr als 1.700 Äthiopier und Somali, die illegal nach Tansania kamen, verhaftet; an der kenianischen Grenze bei Longido oder Namanga waren es mehr als 200 Somali. Man fand heraus, dass Einheimische, vor allem Maasai, Somali verstecken, wofür sie pro Person bis zu 100.000/- TSh bekommen. Die Somali kleiden sich wie Maasai und ziehen mit den Herden Richtung Arusha, wo sie in einen Bus steigen, um irgendwann Südafrika zu erreichen. Der Leiter des Immigrationsamtes von Namanga sagte, weil alle Somali gleich aussehen, sei es schwierig, diejenigen, die über Tansania nach Südafrika wollen, von Leuten der militanten *Al-Shabaab*, die heimlich Basen in Tansania errichten wollen, zu unterscheiden. (Guardian 19.1.12; Arusha Times 17.12.11)

Zwischen Januar und April 2012 wurden 84 Fremde, unter ihnen Äthiopier, Kongolesen, Kenianer, Burundier und Dänen, festgenommen und bestraft, weil sie sich unerlaubt in Tansania aufhielten. (DN 19.6.12)

*
Kritik an Immigrationsbehörde: Der Innenminister sagte, er werde die leitenden Beamten der Immigrationsbehörde versetzen, weil es ihnen nicht gelungen sei, illegale Einwanderung zu stoppen.

Der Commissioner of Immigration betonte, es gebe ein Netzwerk von Personen, die illegale Immigranten mit Lastwagen transportieren, unter ihnen einige Regierungsleute. Es sei nicht wahr, dass nur Leute des Immigrationsamtes beteiligt sind. (Guardian 19.1.12; Citizen 19.1./2.2.12)

*
Unterstützung der Polizei: Die Polizei in der Morogoro-Region bat die Bevölkerung, sie bei ihrem Kampf gegen die wachsende Bedrohung durch illegale Einwanderer zu unterstützen. Er könnte gewonnen werden, wenn die Bevölkerung die Sicherheitsorgane über verdächtige Leute informiere. Die meisten Illegalen, vor allem die aus Somalia, kämen auf ihrer Durchreise durch Morogoro. (DN 9.6.12)

*
Taskforce der EAC: Zusammen mit seinen Nachbarländern bildete Tansania eine *Taskforce*. Sie soll die illegalen Immigranten in der Region in Schach halten und mit den Ländern kooperieren, aus denen sie kommen, und mit den Nationen, die normalerweise ihr Ziel sind. Der Innenminister sagte, es sei besorgniserregend, dass einige Tansanier den Immigranten bei der Einreise und beim Transport durch das Land helfen. "Wir sollten aber auch zugeben", dass einige Tansanier, vor allem Jugendliche in anderen Ländern als illegale Immigranten lebten, festgenommen und zurücktransportiert werden. (DN 4.8.12)

*
Äthiopier: 19 illegal eingereiste Äthiopier wurden im Rombo-Distrikt (Kilimanjaro-Region) in einem Haus versteckt gefunden. Der Polizeikommandant der Region forderte die an der Grenze lebende Bevölkerung auf, mit der Polizei zusammenzuarbeiten und alle Fremden anzuzeigen, so bald sie diese in ihrem Dorf sehen.

Der Immigration Officer der Arusha-Region sagte, die Einwanderungsabteilung könne den Krieg gegen illegale Immigranten nicht alleine gewinnen. "Sie sind sehr gefährlich und ein ernstzunehmendes Problem für Tansania", erklärte er. (DN 15.7.12; Guardian 28.7.12)

Ein Lastwagen, der von Arusha über Mbeya Richtung Malawi fuhr, hatte 125 Äthiopier an Bord. 43 erstickten. Der Fahrer warf die Toten in den Wald, zwang die anderen, auszusteigen und fuhr davon. Die Jüngeren hatten überlebt, sind jedoch in kritischem Zustand wegen Hungers und Sauerstoffmangels. Sie werden medizinisch versorgt. Vor etwa 5 Monaten hätten sie ihre Reise begonnen, berichteten sie. In Nairobi habe eine Gruppe ihren Transport nach Malawi arrangiert. Sie bedankten sich für die Hilfe der Bevölkerung, die sie erfuhren, seit sie vom Fahrer im Stich gelassen worden waren. Sie versprachen, nach ihrer Rückkehr würden sie Botschafter für andere junge Leute sein, ihnen raten, der Versuchung zu widerstehen, das Land ohne die richtigen Vorkehrungen zu verlassen. Der äthiopische Botschafter Kenias besuchte sie, und dankte Tansania für die humanitäre Unterstützung. Sein Land werde versuchen, die Welle illegaler Immigranten zu stoppen und den Menschenhandel bekämpfen. Für die Fremden kam viel humanitäre Hilfe.

Die tansanische Regierung kontaktierte die äthiopischen Behörden wegen der Bestattungen. (DN 27./28.6.12; Guardian 27./29.6./5.7.12; Citizen 28.6.12)

Wegen illegaler Einreise wurden 22 Äthiopier zu zwei Jahren Haft verurteilt. Sie bekannten sich schuldig, wären gegen eine Kaution von 100.000 TSh freigekommen, konnten aber nicht bezahlen. Ihr Fall hatte sich hingezogen, weil sie weder Englisch noch Swahili verstehen. (Citizen 5.7.12)

*

Kenianer: Ein Abgeordneter aus dem Rorya-Distrikt (Mara-Region) berichtete, viele illegale Einwanderer des Kurya-Volkes kämen aus Kenia in den Tarime-Distrikt (Mara-Region), sehr zum Schaden von Eigentum und Umwelt. Die Kriminalität greife dort und in Rorya um sich. Bisher seien 107 Fremde festgenommen worden. Die Kurya aus Kenia sprechen die selbe Sprache, wie die Einwohner des Tarime-Distrikts. Deshalb kann man sie kaum unterscheiden. (DN 19.6.12)

Die Einwanderungsabteilung der Arusha-Region beteiligt die Gemeinden von Loliondo (Ngorongoro-Distrikt) an den Aktionen, durch neue Markierung der offiziellen Grenze nach Kenia die beiden Länder sichtbar zu trennen. Außerdem wird ein Einwanderungsbüro eingerichtet. Viele Jahre lang war Loliondo ein 'Niemandland', in dem die Menschen beider Seiten die Grenze freizügig passierten. So gediehen ein anarchischer Zustand, exzessiver Schmuggel, Handel mit Kleinwaffen und Viehdiebstahl. Viele Fremde haben schwere Waffen, töten und verwunden die Einwohner, stehlen Autos und klauen von Händlern.

Die Einwohner von Loliondo klagten, sie lebten in dauernder Angst, vor allem jetzt, nachdem es in Kenia vermutlich Terroranschläge gab. Sie baten um feste, offizielle Grenzbarrieren und, wenn möglich, eine Polizeistation. Ein Gemeinderat sagte, erschwert werde die Lage dadurch, dass die Einwohner von Loliondo und die der kenianischen Seite Maasai sind, die selbe Sprache sprechen und sich ähnlich kleiden. Man könne sie kaum unterscheiden. Die einheimische Bevölkerung lernte, Loliondo vor Invasionen aus dem Ausland zu schützen. (DN 2./14.7.12; Arusha Times 16.7.12)

*

Kongolesen: 14 Leute aus der *Democratic Republic Congo* (DRC), unter ihnen vier Kinder, wurden festgenommen. Sie seien auf der Durchreise nach Südafrika auf der Suche nach 'grüneren Weiden', sagten sie. Sie wurden nach Kigoma gebracht und dem Konsulat der DRC übergeben. (DN 19.4.12)

*

Somalier: Auf der Fahrt nach Südafrika erstickten 10 Somali in einem Lastwagen. Die Leichen wurden in den Ruaha geworfen.

In der selben Woche wurde vom Tod weiterer 10 Somali berichtet. Kürzlich ergaben sich 40 Somali der Polizei, nachdem sie erfahren hatten, dass viele ihrer Kollegen auf dem Weg gestorben und neben der Straße hingeworfen worden waren. (Guardian 3.1.12; Citizen 3.1.12; Garowe 4.1.12)

Der somalische Botschafter berichtete, Tansania habe nahezu 100 Flüchtlinge und Asylsuchende aus Somalia, die längere Zeit in Gefängnissen in Dar-es-Salaam waren, freigelassen. Er habe ihnen dazu verholfen. Sie würden nach Hause gebracht. (Shabelle Meida Network 14.5.12)

Ein Einwohner von Arusha wurde verhaftet, weil er fünf illegal eingereiste Somali in seinem Kleinbus aufgenommen hatte. (Guardian 29.6.12)

Somalis Präsident berichtete, seine Regierung plane, alle in Tansania lebenden illegalen somalischen Asylsuchenden, so bald wie möglich, in ihre Heimat zu bringen.

Viele, die vor dem Konflikt in Somalia geflohen waren, sitzen noch in tansanischen Internierungs-lagern unter schlechten Lebensbedingungen. (Shbatte, Media Networ, Mogadishu 4.6.12)

*

Ruander, Ugander: Die Verwaltung des Karagwe-Distrikts (Kagera-Region) vertrieb mehr als 18.000 illegal dort lebende Ruander und Ugander, die sich in einigen Dörfern versteckt hatten. Sie waren mit riesigen Herden nicht geimpfter Rinder in den Distrikt gekommen.

In der Stadt Sumbawanga wurden 10 Ruander, die dort als Illegale leben, verhaftet. (DN 14./19.4.12)

*

Tansanier: Südafrika repatrierte 108 Tansanier, die dort illegal gelebt hatten, und brachte sie mit einer Sondermaschine zurück. Tansania muss dafür bezahlen. (Citizen 2.2.12)

Streik bei Ärzten des öffentlichen Gesundheitswesens

Wenige Monate nachdem ein Streik beendet worden war <Siehe 4/12 S. 9>, begannen in Tansania Festland viele Ärzte erneut zu streiken. Die Ziele sind Verbesserung der Entlohnung und der Arbeitsbedingungen und Garantie auf Bereitstellung angemessener Ausrüstung und Medikamen-

te. Der Streik sei unvermeidlich, erklärte der Vorsitzende der *Doctors' Association*, Dr Stephen Ulimboka. Bezüglich ihrer Probleme sei nichts geschehen.

Am 23. Juni begannen Ärzte vieler öffentlicher Krankenhäuser einen Bummelstreik. Nur einige Fachärzte kümmerten sich um die Patienten. Notfallpatienten wurden versorgt.

Der *High Court (Labour Division)* wies die Organisatoren des Streiks an, öffentlich zu erklären, die Arbeit sei wieder aufzunehmen.

Die Regierung entließ viele Assistenzärzte, rief Ärzte im Ruhestand zurück und setzte in einigen Krankenhäusern Militärärzte ein; auch im Militärkrankenhaus wurden Patienten behandelt.

Leitende Regierungsangestellte und Wohlhabende, die sich das leisten können, begeben sich in private Krankenhäuser im In- oder Ausland.

Einige Ärzte äußerten, über die Gehaltszulagen könne man reden; überaus wichtig sei, dass die Bereitstellung von Medikamenten und die Bedingungen in den öffentlichen Krankenhäusern, verbessert werden.

Präsident Kikwete sagte in seiner Monatsansprache, der Streik sei illegal; die Forderungen nannte er unrealistisch. Die Ärzte riskierten, ihren Job zu verlieren, die Assistenzärzte, dass sie nie registrierte Ärzte würden. Die Ärzte genossen bevorzugte Behandlung; sie erhielten doppelt so viel wie akademisch gebildete Angestellte des öffentlichen Dienstes. Wer nicht zufrieden sei, könne den staatlichen Dienst verlassen. Außerdem sei der Streik ein Verstoß gegen die Anweisung des Gerichts.

Kikwetes Worte machten die streikenden Ärzte noch wütender.

Nachdem die Regierung etwa 300 streikende Assistenzärzte entlassen hatte, erklärten Fachärzte offiziell, sie schlossen sich dem Streik an, denn wegen der akuten Unterbesetzung seien sie überfordert. Einige Ärzte kündigten.

Die Lage ist in den Krankenhäusern sehr unterschiedlich. Manche Ärzte nahmen die Arbeit wieder auf. Aber die Zahl der Patienten war sehr zurückgegangen.

Ärzten, die während des Streiks Dienst taten, wurde von Kollegen Gewaltanwendung angedroht.

Am 9. Juli gab die Regierung bekannt, der Streik sei beendet. Das Gesundheitsministerium rief 372 der 763 streikenden Assistenzärzte zurück.

Die streikenden Ärzte hielten am 12. Juli eine Versammlung, um zu besprechen, was die Zukunft bringen werde, und welchen Herausforderungen sie in ihrer Arbeit gegenüberstehen.

Die Ärzte in den Regierungskrankenhäusern haben ihren Streik beendet und sind zu ihrer Arbeit zurückgekehrt, aber die größeren Krankenhäuser sind nicht ausgelastet. Ein Arzt berichtete: "Die Ärzte sind demotiviert, sie tun nur, was sie müssen. Früher machten sie Überstunden ohne Entschädigung zu verlangen. Aber jetzt bleibt niemand eine Minute länger, auch wenn eine ganze Schlange von Patienten wartet." Ein Arzt erklärte: "Wir sind einfach Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes", denn die Regierung habe die Ärzte diesen gleichgesetzt. Einige Fachärzte sagten, weil 380 Assistenzärzte entlassen wurden, sei die Versorgung unbefriedigend. "Ohne Assistenzärzte kann ich nicht effektiv arbeiten", betonte einer.

(DN 22./23./24./27./28.6./2./3./5./ 9./10./11.7.12; Guardian 25./26./27./ 28./29.6./1./3./4./5.8./9./11./13.7.12; Citizen 27./28./29.6./2./3./5./10./ 12.14./23.7.12)

*

Eine Gruppe Unbekannter entführte am 26. Juni um etwa 23.30 Dr. Steven Ulimboka, den Vorsitzenden der *Doctors' Association*, als er mit Kollegen im *Leaders Club* etwas trank. Sie folterten ihn, fesselten ihn an Händen und Füßen und warfen ihn schwer verletzt in einen Wald am Rand von Dar-es-Salaam. Ein Mann fand ihn und brachte ihn in seinem Auto zur Polizeistation.

Ein Team der Polizei untersucht den Fall. Premierminister Pinda beteuerte, die Regierung habe nichts mit dem Verbrechen zu tun; sie werde die Sache genau erforschen, um die Schuldigen zu identifizieren.

Ein sechsköpfiges Ärzteteam übernahm Ulimbokas Versorgung. Die Regierung erklärte sich bereit, alle Kosten für eine Behandlung in Indien zu übernehmen. Aber die Ärzte lehnten dieses Angebot ab. Später wurde Ulimboka für weitere Behandlung nach Johannesburg geflogen.

Nach sechswöchigem Aufenthalt kehrte Dr. Ulimboka nach Dar-es-Salaam zurück. Am *Julius Nyerere International Airport* wurde ihm ein großer Bahnhof bereitet.

Ulimboka bedankte sich bei der *Medical Association of Tanzania (MAT)* dafür, dass sie die gesamten Kosten seiner Behandlung übernommen hat. "Ich bin absolut fit und bereit, weiter-

zukämpfen", betonte er. In seiner Wohnung waren die Sicherheitsvorkehrungen verstärkt worden. Wiederholte Telefonanrufe blieben unbeantwortet, die Presse wurde auf Abstand gehalten. Der MAT-Sekretär sagte, die Regierung habe die Forderungen der Ärzte missachtet. Eine sei die Verbesserung der Arbeitsbedingungen gewesen. Dass Ulimboka, der im Muhimbili-Krankenhaus offensichtlich nicht geheilt werden konnte, in Südafrika gesund wurde, sei gewissermaßen ein Beweis dafür, dass Tansania zuverlässige und kompetente Gesundheitsdienste fehlen.

Der Kenianer Joshua Gistu Mulundu (31) wurde wegen der Entführung und versuchten Mordes vor Gericht gestellt. Er hatte der Polizei berichtet, er und zwölf Komplizen hätten sich vertraglich verpflichtet, nach Tansania zu kommen und Dr. Ulimboka zu verletzen. Er sei Mitglied der kriminellen Bande *Gun Star*, die in der Nähe von Nairobi ansässig sei. Die Verhandlung wurde auf den 20. August vertagt, denn die Ermittlungen seien noch nicht abgeschlossen.

(DN 28.6./1.7./13.8.12; Guardian 28./30.6./1.7./8./13.8.12; Citizen 28./29.6./14.7./13.8.12)

Streik der Lehrkräfte

Die Lehrkräfte fordern eine Verdoppelung ihres Gehaltes, dazu 55 % Härtezulage für die Lehrkräfte der Naturwissenschaften und der Mathematik, 50 % für die Lehrkräfte anderer Fächer und 30 % für Lehrkräfte, die in schwierigen Verhältnissen arbeiten müssen.

Das Monatsgehalt der Lehrkräfte beträgt 196.500/- TSh bis 618.300/-TSh.

Die Regierung erhöht das Gehalt ihrer Angestellten in diesem Finanzjahr um 14 %.

Anfang Juli wandten sich der Gewerkschaftsverband der Lehrkräfte *Tanzania Teachers Union* (TTU) und das Bildungsministerium an die *Commission for Mediation and Administration* (CMA). Doch weil das Ministerium nicht genau angeben konnte, welchen Standpunkt es in dem Streit einnimmt, war es der CMA nicht möglich, eine Lösung herbeizuführen.

Vor Beginn des Streiks wies die Regierung alle, die teilnehmen würden, darauf hin, dass die Angelegenheit bereits der *Labour Division* des *High Court* vorgelegt wurde; deshalb sei ihr Vorgehen illegitim.

Die TTU forderte ihre Mitglieder auf, über einen Streik abzustimmen. 84 % stimmten mit Ja. Daraufhin unterbreitete die TTU der Regierung ein Ultimatum von 48 Stunden.

Der Streik begann offiziell am 30. Juli. Man habe alle geforderten juristischen Vorschriften beachtet, sagte der TTU-Präsident.

Manche Lehrkräfte erschienen in ihrer Schule, unterschrieben die Anwesenheitsliste und verschwanden wieder. Einige Schulleiter waren anwesend, unterrichteten jedoch nicht. Manche unterrichteten Klasse 1 bis 7, bisweilen von Schülern der 7. Klasse unterstützt. Andere Lehrkräfte hielten Unterricht. Streikende gingen von Klassenzimmer zu Klassenzimmer und drängten die Lehrkräfte, sich am Streik zu beteiligen. Manche, die sich weigerten, wurden bedroht, einige angegriffen.

Die Polizei verhaftete einige Lehrkräfte, weil sie andere bedroht und angegriffen hätten. Die TTU bat die Polizei, diese Lehrkräfte ohne Vorbedingung freizulassen. Sie wird Rechtsanwälte beauftragten, sie überall zu verteidigen; ebenso 150.000 Lehrkräfte, die ihre Beteiligung am Streik schriftlich darlegen müssen.

In einem Stadtteil Dar-es-Salaams demonstrierten mehr als 400 Schüler von acht Primarschulen. Sie wollten ihren Unmut zeigen, weil es der Regierung nicht gelungen sei, den Konflikt mit den Lehrkräften zu beenden. Das Recht auf qualitativ hochwertige Bildung werde ihnen vorenthalten, denn die Lehrkräfte seien entmutigt. Die Polizei setzte Tränengas ein, um die wütenden Schüler auseinanderzutreiben.

Der Bildungsminister sagte, man werde gegen die Lehrkräfte, die sich am Streik beteiligen vorgehen, sie streng bestrafen. Die Regierung halte ihr Gehalt zurück.

In manchen Schulen fallen die am Ende des Trimesters üblichen Prüfungen aus. Einige Schüler beschwerten sich, denn sie hätten bereits die für die Prüfung fälligen 1.000/- TSh bezahlt. Manche Schulleiter erklärten, sie könnten die Überwachung bei der Prüfung allein übernehmen. Andere fühlen sich davon überfordert.

Am 1. August erklärte der *High Court*, der Streik sei illegal. Die TTU habe sich bei der Organisation und beim Aufruf zum landesweiten Streik nicht an das Gesetz gehalten. Die Lehrkräfte müssten ihre Arbeit wieder aufnehmen und die Schüler für die ihnen zugefügten Unannehmlichkeiten entsprechend den ausgefallenen Unterrichtsstunden entschädigen. Der Streik hätte 48 Arbeitsstunden vor seinem Beginn angekündigt werden müssen. Doch das sei an einem Freitag

lediglich ½ Stunden vor Arbeitsschluss geschehen. Der Streik hätte also erst einen Tag später beginnen können. Auch müsste bekannt sein, wie lange er dauern solle. Doch es habe geheißen, er sei unbegrenzt. Auch das Abstimmungssystem habe dem Gesetz nicht entsprochen, denn die TTU-Mitglieder hätten über eine Gehaltsanhebung abgestimmt, nicht über einen Streik. Die führenden Leute der TTU wurden beauftragt, den Streik unverzüglich zu beenden und in einer Presserklärung ihre Mitglieder anzuweisen, sofort zu ihrer Arbeit zurückzukehren.

Drei Regierungsvertreter wünschen, dass das Gericht die TTU anweist, die Kosten dieser Angelegenheit zu übernehmen.

Einen Tag nach dem Gerichtsurteil beendete die TTU den Streik und forderte die Lehrkräfte auf, unverzüglich den Unterricht wieder aufzunehmen.

Der TTU-Präsident betonte, die Lehrer hielten sich an das Gerichtsurteil, um den Weg zu bereiten für bilaterale Gespräche mit der Regierung, damit ihr Fall in Freundschaft geregelt werde. "Unsere Anwälte werden die Anweisungen des *High Court* prüfen."

Die TTU wird beim Berufungsgericht einen Revisionsantrag stellen.

Die TTU hat noch nicht beschlossen, wie die Schüler für den erlittenen Verlust entschädigt werden sollen. Man warte auf einen Bericht der Regierung über den Verlust und irgendwelche Beschädigungen, denn man könne die Art des Verlustes nicht einschätzen.

Die Regierung stufte zehn Schulleiter zurück.

Der Streik der Lehrkräfte hat keinen Einfluss auf ihre Beteiligung bei der Volkszählung. Auch viele in den Dörfern lebende Graduierte können helfen. (DN 27./31.7./1./2./ 4./20.8.12; Guardian 27./28./30./31.7./1./2./3./6./7./10./11.8.12; Citizen 26./28./30./31.7./ 1./2./6.8.12; The New Times 1.8.12)

Volkszählung Ende August 2012

Termin, Inhalt, Anliegen: Die Volkszählung beginnt am 25. August 2012 und wird 5-6 Tage dauern.

Bisher wurde 1967, 1978, 1988 und 2002 eine Volkszählung durchgeführt.

Etwa 150.000 Lehrkräfte, staatliche Angestellte u. a. werden Daten jedes Haushalts und jedes Einzelnen sammeln.

Bei den gestellten Fragen handelt es u. a. um soziale Dienste wie Schulen, Krankenhäuser, Straßen und Wasser, um Müttersterblichkeit, den Bildungsgrad des Familienvorstandes, Albinismus und um Behinderungen was Sehen, Hören, Bewegung, Selbständigkeit und mentales Befinden angeht.

Die gesammelten Daten helfen der Regierung bei ihren Entwicklungsprogrammen.

Im August werden die Primar- und Sekundarschulen geschlossen. Die Zahl der vorgeschriebenen Schultage wird dennoch eingehalten. Man wird Personen schulen, die die Ausbilder der Zähler trainieren sollen.

Bei einer Probevolkszählung im Oktober 2011 wurde festgestellt, wie viel Zeit bei der Zählung jeweils benötigt wird, und welche Fragen überarbeitet werden müssen.

(DN 12.12.11/27.2./26.3./2.4.12; Guardian 17.7.12; Citizen 30.7./1.8.12)

*

Finanzierung: Die Kosten werden auf 141,5mrd/- TSh geschätzt. Die Regierung trägt 77 %, Entwicklungspartner 23 %; es sind UN *Population Fund* (UNFPA), die Regierungen Großbritanniens und Japans. (DN 8.8.12)

*

Zu einigen Problemen: Im Rorya-Distrikt (Mara-Region) will man durch eine Mobilisierungskampagne erreichen, dass alle Fischer gezählt werden.

Im Monduli-Distrikt (Arusha-Region) überlegt man, wie die Volkszählung bei den vielen Dorfbewohnern in abgelegenen Gegenden, die kaum Swahili können und schlecht zu erreichen sind, durchgeführt werden soll. Man wird einige Dolmetscher benötigen.

Die Behörden der Manyara-Region drängten die nomadisierenden Viehhalter, während der Volkszählung in ihrem Gebiet zu bleiben. Wenn sie die genaue Zahl der Einwohner und Haushalte wisse, könne die Regierung planen, wie sie die Bedürfnisse der Gesellschaften der Viehhalter verbessern könne, z. B. die Beratung ausbauen. Man will die Ältesten bitten, die Maasai- und die Barabaig-Hirten zur Mitarbeit zu überreden; früher hätten sie sich der Zählung entzogen.

Auch die Jäger und Sammler müssten gezählt werden. Die Region benötigt Mitarbeiter, die unter schwierigen Bedingungen arbeiten können.

Die Hadzabe, Jäger und Sammler, die im Karatu-Distrikt (Arusha-Region) leben, verlangen als Bedingung für ihre Teilnahme an der Volkszählung Affenfleisch und 'Gongo', einen Schnaps, der verboten ist. Verantwortliche des Distrikts erklärten, sie würden keine Affen jagen, denn das sei untersagt. Man sei bereit, für Zebrafleisch zu sorgen. Bei ihrem Treffen mit Vertretern der Hadzabe, erklärten diese, Affen seien immer ihre wichtigsten Fleischlieferanten gewesen. Aber sie freuten sich auch über Zebrafleisch.

Seit langer Zeit meiden die Hadzabe die Volkszählungen, nur wenige erschienen. 1975 wurde ihre Zahl auf 5.000 geschätzt. In den letzten Jahren aber berichteten Forscher, es gebe kaum mehr als 1.000 Hadzabe. (DN 6.4./7.5./21.8.12; Citizen 25.6.12)

*

Weigerung: Der District Commissioner des Chato-Distrikts (Geita-Region) berichtete, die Vorsitzenden einiger Dörfer und Weiler seines Distrikts behinderten die Vorbereitungen der Volkszählung. Sie seien nicht von Anfang an bei Planung und Vorbereitung beteiligt worden, monierten sie und fragten, was ihnen die Aktion nützen werde. Sie bestehen darauf, wenn sie Dorfbewohner für die Teilnahme an der Volkszählung gewinnen sollen, stehe ihnen eine Vergütung zu.

In Dar-es-Salaam, Mwanza und Mtwara drohen Beauftragte, zu streiken, denn sie hätten ihre Vergütung noch nicht erhalten.

In der Kilimanjaro-Region wurden sieben Personen verhaftet, weil sie andere zum Boykott der Zählung aufgefordert hatten.

Einwohner von Lindi erklärten, nur wenn das Skelett eines Sauriers, das vor vielen Jahren nach Deutschland gebracht worden war, zurückkommt, beteiligten sie sich an der Volkszählung. Sie hätten die vielen Zusagen der Regierung satt. (Guardian 22.8.12; Citizen 23.8.12)

*

Kooperation: Die Hindu-Gemeinschaft will ihre Tempel benützen, um ihre Mitglieder und andere über die Bedeutung der Volkszählung zu informieren. Weltweit unterstütze die Hindu-Religion Entwicklungsinitiativen der Regierung, betonte der Vorsitzende einer Hindu-Gruppe. (DN 22.5.12)

*

Information: Bei der *36th Dar-es-Salaam International Trade Fair* informierte das *National Bureau for Statistics* (NBS) in seinem Pavillon über die Volkszählung. Viele hätten noch das Gefühl, gezählt zu werden, sei ein schlechtes Omen. "Wir beantworteten alle Fragen und halfen den Leuten, ihre Ängste zu überwinden", sagte ein NBS-Verantwortlicher. (DN 5.7.12)

*

Rolle der Religionszugehörigkeit: Viele Muslime wünschen, dass die Zahl der Muslime, Christen und anderer offiziell festgestellt wird. Sie fürchten, unterrepräsentiert zu sein.

Ein Teil der Muslime bat die Regierung, eine unabhängige Kommission, bestehend aus Vertretern aller Religionen, für die Überwachung der Volkszählung einzusetzen. Geschehe das nicht vor dem 20. Juni, verlören die Muslime das Vertrauen in Bezug auf diese Aktion und würden nicht teilnehmen. In der vorhandenen Kommission seien die Christen in der Überzahl.

Deshalb glaubten die Muslime nicht, dass die Volkszählung frei und fair sein werde. Eine unabhängige Kommission solle "die genaue Zahl der Christen, Muslime und Atheisten" feststellen, sagte der Sekretär des *Council of Islamic Organisations in Tanzania*. Er distanzierte sich von der Einstellung des *Muslim Council of Tanzania* (Bakwata) in Bezug auf die Volkszählung und schlug vor, nicht an ihr teilzunehmen. Man erwäge Möglichkeiten, dafür zu sorgen, dass die Volkszählung nicht zustande kommt und plane, am Tag ihres Beginns, eine friedliche Demonstration zu organisieren. Er behauptete, 80 % der Tansanier seien Muslime. Wenn sie nicht teilnehmen, werde das ganze Unternehmen ein Flop.

Ein Dar-es-Salaamer Scheich und 30 weitere Scheichs erklärten, der Bakwata unterstütze den Plan, die Gläubigen zum Boykott der Volkszählung aufzufordern, falls nicht nach der Religionszugehörigkeit gefragt werde. Die betreffenden Angaben im Internet seien falsch. Man solle zuverlässige bringen. Bei der Volkszählung müsse nach der Religionszugehörigkeit gefragt werden, damit man die Zahl der Muslime, der Christen und der Atheisten <andere Quelle: Heiden> kenne.

Ein führender Muslim sagte, Ursache des Konflikts wegen der Volkszählung sei, dass die Muslime Gleichberechtigung und die gleichen sozialen und wirtschaftlichen Begünstigungen von Seiten der Regierung wollen, wie die anderen religiösen Gruppen.

Muslimische Organisationen Sansibars schworen, sie würden die Volkszählung boykottieren. Sie sei nicht im Interesse Sansibars, erklärte die *Uamsho*-Gruppe. Ihr gehe es um den Kampf für die Unabhängigkeit der Inseln. Man solle mit der Volkszählung warten, bis Sansibar unabhängig sei. (DN 4./14.16./24./25./28.6./16.7./8.8.12; Guardian 26.6.1/16.7.2)

Ein großer Teil der Muslime unterstützt die Volkszählung.

Am 25. Juni erklärte der Oberste Scheich, Shaaban bin Simba, vor Presseleuten, wer sich zum Bakwata halte, werde uneingeschränkt an der Volkszählung teilnehmen. Die Mehrheit der Mitglieder akzeptiere das Vorhaben, denn es werde nicht nach der Zugehörigkeit zu einer Religion oder einer Volksgruppe gefragt. Unzählige Gläubige hätten ihn telefonisch nach der Einstellung des Bakwata gefragt, berichtete er.

Der Oberste Scheich verlangt aber zu erfahren, woher die Regierung statistische Angaben über die Zahl der Christen und Muslime erhalten habe, die auf der *national website* erschienen sei. (DN 26.6./16.7.12; Guardian 26.6.12)

Das *National Bureau of Statistics* (NBS) erklärte, Angaben über die Zahl der Christen, Muslime oder Gläubigen anderer Religionen, wie auf der Website einiger Gruppen angezeigt, würden nicht anerkannt. Sie seien nicht offiziell. Bei der Volkszählung werde nicht nach der Religionszugehörigkeit gefragt, denn bei Planungen für die Entwicklung der Gesellschaft berücksichtige die Regierung weder die Zugehörigkeit zu einer Religion noch die zu einer Volksgruppe.

Der Scheich der Stadt Morogoro forderte die Muslime der Region auf, sich an der Volkszählung zu beteiligen. Außerdem sollten sie gute Beziehungen zu Gläubigen anderer Religionen pflegen. Der Scheich des Singida-Distrikts sagte: "Wir Verantwortungsträger haben uns genug Mühe gegeben, unsere Gläubigen für die Volkszählung zu mobilisieren. Er verurteilte den Aufruf, die Muslime sollten die Volkszählung boykottieren. Das sei gegen den Islam.

Die *Ahmadiyya Muslim Community* der Morogoro-Region versicherte, ihre Anhänger würden an der Volkszählung teilnehmen.

An Id al-Fitr wiederholte der Bakwata seinen Aufruf an alle Muslime, sich an der Volkszählung zu beteiligen.

Auch Vizepräsident Bilal drängte die Muslime, bei der Volkszählung mitzumachen; ebenso Ali Mohamed Shein, Präsident von Sansibar. Er betonte, seine Regierung werde niemanden verschonen, der die Volkszählung boykottiert.

Weihbischof Kilaini von Bukoba drängte die Einwohner der Kagera-Region, voll und ganz bei der Volkszählung mitzumachen. Sie helfe der Regierung, richtig zu planen.

Ein anglikanischer Pfarrer sagte, seine Kirche habe die Gläubigen über die Bedeutung der Volkszählung informiert, zur Teilnahme animiert. (DN 22.7./10./16./19./20.8.12; Guardian 20.8.12; Citizen 12.6.12)

Bei einem Kurs für 150 Verantwortliche forderte Premierminister Pinda die Geistlichen auf, ihre Gläubigen zur Teilnahme an der Volkszählung zu ermuntern. Sie und Personen der Öffentlichkeit sollten bei der Volkszählung helfen und in einigen Gebieten überwachen.

Er betonte, wenn eine Religionsgruppe im eigenen Interesse eine Zählung durchführen will, habe man nichts dagegen. Jede Gruppe könne ihre Gläubigen zählen.

Der Regional Commissioner von Arusha warnte alle, die herumziehen und schmutzige Kampagnen gegen die geplante Volkszählung durchführen. Gerüchten zufolge rieten Geistliche ihren Gläubigen, sich nicht zu beteiligen. Sie würden die ganze Wucht des Gesetzes zu spüren bekommen, betonte er. "Die Regierung will keine Konflikte mit Geistlichen, aber ihre Geduld hat Grenzen." (DN 24.6.12; Guardian 17.7.12; Citizen 26.6./1./18.8.12)

Teilnahme an der Olympiade

Kommentare: Bei den Olympiaden waren die Leistungen der tansanischen Sportler eine beschämend lange Zeit im Allgemeinen enttäuschend. Wiederholt wurde ungenügende Vorbereitung dafür verantwortlich gemacht, dass unsere Vertreter mit leeren Händen zurückkamen. Hilflos zuzusehen, wenn Athleten anderer Länder Gold, Silber und Bronze bekommen, tut wirklich weh. Die Jahrzehnte lange Pechsträhne muss beendet werden. Es wäre millionenmal gescheiter, die Zeit zu nutzen und für die nächste Olympiade in Rio de Janeiro zu trainieren, als halbgare Sportler nach London zu schicken. Wir sollten von den kenianischen Athleten lernen. Wiederholt haben sie Wunder vollbracht. Hinter ihrem Erfolg steckt vor allem rigoroses und diszipliniertes Training - keine Magie! (Guardian 24.3.12)

Ein Fachmann sagte, weil Tansania Qualität, Potential und der Wille, das Beste zu leisten, fehlten, sollte es nicht daran denken, Medaillen zu gewinnen. Nur 1980 bekam einer Silber, einer Bronze. Im letzten Jahrzehnt sei die Kluft zum internationalen Standard noch größer geworden. Alle Sportler hätten ihre beste Zeit um zwei oder drei Jahre überschritten. Man solle deshalb schon für 2016 oder 2020 planen, und das Ereignis von London vergessen. (DN 4.6./27.7.12)

Unsere Erfahrungen mit der Olympiade und den meisten internationalen Sportveranstaltungen waren selten inspirierend. Aber besser als die Hoffnung zu verlieren, ist, sich ein zu Herz fassen und auf das Beste zu hoffen.

Unsere Sportler flogen mit leeren Taschen nach London. Damit können sie sich entschuldigen, wenn sie wenig leisten, und wie könnte sie jemand tadeln? (Guardian 9.7.12)

Tansanias erfolgreichstes Jahr war 1980, als im Hindernislauf über 3.000 m Filbert Bayi Silber, und Suleiman Nyambui über 5.000 m Bronze bekam.

Während der letzten drei Jahrzehnte aber leistete Tansania nichts, was auf Medaillen hoffen ließ. Das ist schrecklich enttäuschend und unsere führenden Leute sollten sich schämen. Die Tansanier haben große Talente, aber nichts kann sich entwickeln, ohne dass sich Regierung und Einzelne für die Unterstützung des Sports einsetzen. (DN 10.8.12)

*

Fackelträgerinnen: Zwei junge Tansanierinnen vertreten Tansania als Fackelträgerinnen bei der Olympiade und den Paralympics. Sie wurden ausgewählt, wegen ihres Beitrags zum *London 2012 International sports legacy programme, International Inspiration*, weil sie andere durch die Kraft des Sportes inspirierten, oder persönliche Herausforderungen bezwangen. (DN 24.6.12)

*

Die Sportler, Training, Anreise: Die Vorbereitungen des Amateur-Boxer-Teams erhielten neuen Schwung, als vom *Local Authorities Pension Fund* Trainings-Ausrüstung überreicht wurde.

Doch die Hoffnungen, man könne Boxer zur Olympiade schicken, gingen total in Rauch auf, weil das Team nach nahezu zweimonatigem Training bei keiner einzigen Qualifizierung bestehen konnte. Auch das Judoka-Team scheiterte elend. Nur zwei Läufer konnten sich qualifizieren. Das tansanische Team insgesamt bestand aus wenigen Sportlern, ganz im Gegensatz zum Nachbarland Kenia, das nahezu 200 Sportler schickte. (DN 4.5.12)

Coca Cola Tanzania organisierte im *Kilimanjaro Hotel* in Dar-es-Salaam eine Abschiedsparty für das siebenköpfige tansanische Team, die 26 Begleiter und hochrangigen Würdenträger des Sports. Unter den Sportlern waren anfangs drei Marathonläufer, eine Läuferin (5.000 m), zwei Schwimmerinnen, ein Schwimmer und ein Boxer.

Der tansanische Botschafter begrüßte das Team in London. Für jede Medaille wurden 13m/- TSh in Aussicht gestellt. Zuerst wurde zwei Wochen in Leeds trainiert, dann reisten die Sportler nach London.

*

Ergebnis: Der Schwimmer und der Boxer schieden frühzeitig aus. Ein Marathonläufer erkrankte einen Tag vor dem Wettkampf. Eine Läuferin belegte beim 5.000 m Lauf der Frauen Platz 16.

*

Reaktionen: Das Ministerium für Information, Jugend, Kultur und Sport wies die Sportverbände, die Athleten zur Olympiade geschickt hatten, an, der Regierung eine detaillierte Beurteilung ihrer Teilnahme vorzulegen. incl. ihrer Vorbereitung. Das sei wichtig, damit die Athleten in Zukunft besser vorbereitet werden könnten, sagte ein Mitarbeiter des Ministeriums. Der Minister werde alle Sportverbände, die eine Teilnahme in Rio de Janeiro planen, treffen.

Den tansanischen Athleten zollte er Anerkennung, weil sie nicht vorzeitig verschwanden, wie die Sportler einiger anderer Nationen Afrikas.

Die Olympiade in London war nicht nur für Tansania ein unerfreuliches Ereignis, sondern für den gesamten Kontinent. Von den 53 afrikanischen Nationen erhielten nur zehn Medaillen. Das zwang die *Association of National Olympic Committees of Africa*, bei einem Treffen über den zukünftigen Weg zu diskutieren. (DN 5./8./22./25./26./27./29./31.7./1./7./13./17.8.12; Guardian 13.8.12)

Dar-es-Salaamer Kinder möchten lernen, wie man Computer verwendet

Hanza (11): Ich habe nur etwas über Computer gehört, aber ich habe noch nie einen berührt. Ich hörte, dass die Computer die Arbeit einfacher machen, und dass sie viele Informationen aufbewahren können.

Shaban (11): Ich weiß nicht, wie man einen Computer verwendet. Ich will meine Mutter bitten, mich während der Ferien in eine Computerschule zu bringen.

Neema (11): Ich möchte lernen, wie man mit dem Computer umgeht, damit ich das Internet verwenden, kann und die vielen Dinge verstehe, die in der Welt passieren. Ich rate der Regierung, in den Lehrplan der Primarschulen Computerunterricht aufzunehmen.

Said (11): Mein Bruder bringt mir bei, wie man Computer verwendet. Wenn ich mit der Primarschule fertig bin, will ich ihn bitten, mir zu zeigen, wie man das Internet verwendet.

Suzan (9): In meiner Schule gibt es einen Computer. Er steht im Büro des Schulleiters. Ich habe gehört, dass wir im nächsten Jahr lernen, wie man den Computer verwendet. Da wäre ich wirklich sehr glücklich.

Neema (10): Ich hörte, dass die Computer helfen, dass die Leute im Internet mehr Information bekommen aus unterschiedlichen Gegenden der Erde.

Lumba (10): Ich liebe Computer. Ich will meinen Vater bitten, mich in eine Computerschule zu schicken. (Guardian 6.9.11)

Seminar des TANZANIA-NETWORK.de e.V.

Samstag/Sonntag 10. - 11. November 2012 in Hamburg

**Einladung zum Studientag
Wirtschaft als Chance für Entwicklung**

Tagungsort: Missionsakademie an der Universität Hamburg, Rupertistr. 67, 22609 Hamburg
www.missionsakademie.de

Programm, Anmeldung: Tanzania Network.de e.V., Koordinationsstelle
Kamerunerstr. 1, 13351 Berlin, Tel. 030-4172 3582; Fax 030-4172 3583
ks@tanzania-network.de, www.tanzania-network.de

Teilnahmebeitrag: Seminar: 35,- c, erm. 20,- c; Übernachtung: DZ/EZ 80/50.- c, erm. 35,- c